

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:  
**Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.**

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

01-03/2025/ Nr. 92

## Es geht um unsere Freiheit

Liebe Leserin!  
Lieber Leser!

Auch wenn es viele noch nicht begriffen haben oder begreifen wollen: Der gegenwärtig herrschende „Geist der Zeit“ und die mit ihm einhergehenden Konfliktfelder stellen uns unweigerlich vor die große Frage, wie wir als (westliche) Menschheitsfamilie in Zukunft leben wollen. Wollen wir manipuliert, kontrolliert und erpressbar als willfährige Manövriermasse einer zahlenmäßig kleinen, global aus dem Hintergrund agierenden „Elite“ in einem öko-sozialistischen Überwachungsimperium mit permanenter Kriegsbereitschaft unser Dasein fristen oder wollen wir selbstbestimmt in Frieden und Freiheit in einem überschaubaren, demokratischen Nationalstaat leben?

Die Betreiber dieses globalistischen Herrschaftsprojekts, das sie neuerdings beschönigend „Regelbasierte Ordnung“ (RBO) nennen, und in ihrem Schlepptau die großen, demokratisch nicht legitimierten internationalen Organisationen (NATO, EU, WEF, WHO, IWF u. dgl.) haben bereits die Weichen in die erstgenannte Richtung gestellt, indem sie jahrzehntelang an der Durchsetzung ihrer Agenda mit Hilfe willfähriger Politiker und Funktionäre gearbeitet haben.

Sie sahen sich bereits auf der Zielgeraden, als Widerstand aus der Bevölkerung aufkam und allmählich stärker wurde. Schließlich machte auch noch der mächtigste Staat der Welt unter seinem neuen Präsidenten, assistiert vom reichsten Mann der

Welt, eine radikale Abkehr von den grün-woke Gängelungs- und Unterwerfungsinstrumenten und von der Unterstützung des Ukraine-Krieges, auch wenn man vor allem aus europäischer Sicht nicht unbedingt mit allen ihren Aktivitäten, Methoden und Plänen einverstanden sein kann. Die Friedensnobelpreisträgerin EU muss ausgerechnet vom krieglerischsten Land auf unserem Globus zur Vernunft gebracht werden.

Die Repräsentanten der Europäischen Union, allen voran Deutschlands, die bisher ihre Antennen stets nach den USA ausgerichtet haben, können es nicht fassen, und die Rede des US-Vizepräsidenten Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz lässt sie orientierungslos zurück.

Seit heurigem Jänner sind es 30 traurige Jahre der österreichischen Mitgliedschaft bei diesem Verein. Mögen sie bald ein Ende finden.

Wir müssen leider davon ausgehen, dass die Betreiber der RBO und des Great Reset auf diese für sie bedrohliche Entwicklung reagieren werden. Sie wollen Zeit gewinnen und die Wende in Europa unter allen Umständen doch noch verhindern. Deshalb werden sie ihre Gangart verschärfen. Ein bewährtes Mittel ihrer Wahl ist Destabilisierung. Dazu gehören von ihnen inszenierte oder geförderte Demonstrationen. Nicht zufällig gibt es jetzt Demonstrationen z. T. mit zehntausenden (gekauften) Teilnehmern, Streiks und Ausschreitungen in Georgien, der Slowakei und in Serbien, exakt in jenen Staaten, in denen die



EU-Parlament in Straßburg

Beschriftung der Glasfassade mit der Aussage „Euer Frieden - Euer Preis“ (siehe weißer Rahmen) anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises 2012, die sich bald danach als himmelschreiende Lüge herausstellte. Am Ausbruch des Krieges in der Ukraine 2014, hat die EU eine erhebliche Mitschuld.

Bild: rp

verantwortlichen Politiker nicht blind den dekadenten westlichen Vorgaben folgen. Auch die Sabotage der Regierungsbildung unter Führung der FPÖ ist hier einzureihen. Sie scheiterte letzten Endes an den unterschiedlichen Positionen von FPÖ und ÖVP bei der anfangs genannten Fragestellung unseres zukünftigen Lebensmodells.

Es ist Ihnen, liebe Leser vielleicht schon aufgefallen, dass Sie dieses Mal eine umfangreichere Ausgabe unserer Nachrichten mit einem Dokumentationsteil in der Mitte in Händen halten. Er enthält Darlegungen von ausgewiesenen Fachleuten zu zwei von uns mehrfach angesprochenen Themen, die belegen, dass wir mit unseren Positionen nicht allein sind.

Wir möchten Sie auch noch auf die ausführliche Einladung zu einer im April in Salzburg stattfindenden Neutralitätskonferenz auf Seite 5 hinweisen. Wir freuen uns auf Ihr Kommen und Ihre Anmeldung. Sowohl diese Sonderausgabe als auch die

Ausrichtung der Neutralitätskonferenz verursachen unserer kleinen Organisation erhebliche Zusatzkosten. Wir bitten Sie, dies bei Ihrer Spendenbereitschaft zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Redaktionsteam

### Inhalt

- 1 Es geht um unsere Freiheit
- 2 30 Jahre „viel geprüftes Österreich“
- 2 Die EU-Mitgliedschaft verschärft Österreichs Wirtschaftskrise
- 3 Die Herrschaft des Tiefen Staates kann beendet werden
- 4 Syrien – schon wieder ein Opfer des Westens
- 4 Lesens-, sehens-, hörens-wert
- 5 Wussten Sie?
- 6 Lesermeinungen
- 7 Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes
- 8 Impressum

*Das Unrecht kann sich  
keine Niederlage leisten,  
aber das Recht kann es.*

Rabindranath Tagore  
bengalischer Philosoph, 1861 - 1941

## 30 Jahre „viel geprüftes Österreich“

**Im Gegensatz zum Fazit subventionierter österreichischer „Qualitätsmedien“ („Frieden und Wohlstand verdanken wir letztlich der EU“) fiel die vom Bündnis *Neutrales Freies Österreich* durchgeführte Bilanz über unsere 30-jährige Mitgliedschaft in der Europäischen Union überwiegend negativ aus. Das lässt sich anhand von einigen EU-Wirklichkeiten beispielhaft belegen.**

1. Die EU ist heute kein Friedensprojekt mehr, wie man uns 1994 glauben machen wollte, und war es eigentlich nie. Sie strebt nach einer militärisch abgesicherten Großmachtstellung. Selbst wenn der US-Präsident zu einer Beendigung des Sterbens in der Ukraine aufruft, will die Europäische Union offenbar weiter Krieg führen.

2. Deshalb ist die Einhaltung einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik für Österreich als Mitglied der Europäischen Union nicht möglich. Der Widerspruch zwischen dem verfassungsmäßigen und völkerrechtlichen Status eines neutralen Staates und der EU-Mitgliedschaft, die für Österreich zur verpflichtenden Teilnahme an der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) geführt hat, wird immer virulenter. Österreich ist pro forma zwar noch neutral, verhält sich aber nicht mehr wie ein neutraler Staat.

3. Die EU-Mitgliedschaft und die damit einhergehende Verletzung der Neutralität haben bedauerlicherweise auch weitreichende Auswirkungen auf die Autarkie unseres Landes. Österreich schlittert in existenziellen Bereichen mehr und mehr in eine Abhängigkeit von Importen, z. B. im Energiebereich, bei Medikamenten, wichtigen Lebensmitteln und Waffen.

## Die EU-Mitgliedschaft verschärft Österreichs Wirtschaftskrise

Seit Corona-Hilfen, Klimabonus und Teuerungsausgleich hatte es bis vor kurzem noch den Anschein, als spiele Geld für unsere Regierung keine Rolle. Doch die in letzter Zeit sich häufenden Meldungen von Insolvenzen bekannter Unternehmen wie des Fahrzeugherstellers KTM oder der Möbelhauskette Kika/Leiner öffneten auch einem breiteren Publikum die Augen, wie es um Österreichs Wirtschaft wirklich steht. Sie befindet sich in einer ausgeprägten strukturellen Krise, von der nicht mehr nur – coronabedingt – das Gastgewerbe und Kleinbetriebe, sondern zunehmend auch ehemals österreichische Vorzeigeunternehmen betroffen sind. Dazu kam noch die für viele unerwartete Meldung von einem riesigen „Budgetloch“

4. EU-Politik heißt Bevorzugung globalisierter Politik mit Liberalisierungszielvorgaben und internationalen Freihandelsabkommen. In der Konsequenz bedeutet das gnadenlosen globalen Wettbewerb, dem Österreichs Firmen und Beschäftigte seit nunmehr 30 Jahren ausgesetzt sind. Unser Land hat seither einen ruinösen Ausverkauf an „Heuschrecken-Konzerne“ oder Verlagerung großer österreichischer Unternehmen (Telekom Austria, Austrian Airlines, Bawag, Bank Austria, Semperit, Steyr Daimler Puch, Elektra Bregenz, Red Bull, um nur einige zu nennen) ins Ausland erlebt, wie in dieser Dichte noch nie zuvor.

5. Am stärksten traf die neue globale Wettbewerbssituation unsere Bauern. Nicht einmal die Hälfte von damals überlebte. Familienbetriebe, die es geschafft haben, wirtschaften heute meist nur noch „hobbymäßig“. Kein Wunder, dass der Selbstversorgungsgrad von bestimmten Lebensmitteln alarmierend abnimmt und die Abhängigkeit vom Ausland zunimmt.

6. Weltweite Konkurrenz und das Prinzip des freien „Warenverkehrs“ bekamen leider auch die Arbeitnehmer zu spüren. Sie sind seit 1995 unfairer Lohndumping ausgesetzt. Den Unternehmern bleibt meistens nur noch der Ausweg geringfügiger Lohnerhöhungen, die von Inflation und steigenden Steuern aufgefressen werden.

7. Doch es kommt nicht nur auf Wirtschaftsdaten an. Auch „weiche Faktoren“, die uns gerne in Österreich leben lassen, Gefühle von Sicherheit, Vertrauen und Lebenszuversicht, gesellschaftlicher und familiärer Zusammenhalt, Meinungsfreiheit, und dgl. haben sich deutlich in eine negative Richtung entwickelt.

von bis zu 24 Mrd. Euro mit einem Konsolidierungsbedarf von 14 Mrd. allein für die kommende Legislaturperiode.

2024 war das zweite Jahr in Folge, in dem die österreichische Wirtschaft schrumpfte und das BIP zurückging. Das ist lt. Wirtschaftsforschern die längste Rezession seit Ende des Zweiten Weltkriegs. In der Industrie hat es seit 2023 fast flächendeckend Umsatzrückgänge gegeben, was zu einem Anstieg der Insolvenzen und branchenbezogener Arbeitslosigkeit führte. Inzwischen macht sich bereits auch ein Wohlstandsverlust in der Bevölkerung bemerkbar.

Wieso trifft die Krise Österreich so hart? Wir waren doch immer so stolz auf unseren Fleiß und unsere Tüchtigkeit! Die Gründe für diese negative Entwicklung

8. Wir haben noch nie eine befriedigende Auskunft bekommen betreffend die sogenannte Bürgernähe der Unionspolitiker. Für einen Kontaktsuchenden gibt es nicht einmal einen (zumutbaren) Weg zu einem verantwortlichen Politiker in Brüssel. Die Hürden sind unüberwindlich. Da meinen wir noch gar nicht die geografischen. Es sind in erster Linie formal-juristische, finanzielle und sprachliche Hürden, wobei man von der Annahme ausgehen muss, dass ein zuständiger EU-Politiker über die landesspezifischen Eigenheiten und Probleme eines Bewohners einer für ihn fremden Region wahrscheinlich sehr wenig weiß und sich dafür auch wenig interessiert, wo er noch dazu ein Versprechen abgeben hat müssen, EU-Interessen ausnahmslos vor nationale Interessen zu stellen.

**Sollte das Bündnis *Neutrales Freies Österreich* mit dieser stark verkürzten Bilanz falsch liegen, dann schlagen wir vor, dass die für die bisher gefahrene Pro-EU-Linie verantwortlichen Politiker sich der Bevölkerung stellen und den Wahrheitsbeweis für ihre lautere demokratische Gesinnung erbringen, z.B. durch einen faktenbasierten Rechenschaftsbericht über die vergangenen 30 Jahre der Mitgliedschaft mit ehrlichem Pro und Contra und anschließender fairer öffentlicher Diskussion darüber, die in eine Volksabstimmung über ein JA oder NEIN zu einem weiteren Verbleib in der EU mündet. Es bleibt schließlich noch die Alternative des Wiedereintritts in die EFTA, die Österreich leider mit dem EU-Beitritt verlassen hat. Sie vermeidet die aufgezeigten Nachteile und achtet die Souveränität ihrer Mitglieder.**

sind zahlreich, vielfältig und miteinander verflochten. Die in unseren Augen wichtigsten seien kurz genannt.

Sie liegen einmal in der Maßnahmenpolitik während der Corona-Zeit, z. B. der in Österreich besonders lange „Lock-down“, was u.a. zu Lieferkettenproblemen führte. Diese bewirkten eine aufgrund der engen österreichischen Indexbindung besonders starke und breit gestreute Verteuerung der Preise und einen dramatischen Zinsanstieg, was wiederum Konsumenten und Unternehmen verunsicherte und ihre Investitionen einfrieren ließ. Daneben gibt es noch hausgemachte strukturelle österreichische Probleme wie die überbordende Bürokratie und die, wegen der hohen Steuer- und Abgabenbelastung hohen

(Fortsetzung auf Seite 3)

Arbeitskosten. Beides macht den Wirtschaftsstandort Österreich unattraktiv und schränkt seine Wettbewerbsfähigkeit ein.

Allerdings gilt es zu bedenken, dass die Corona-Maßnahmen kein rein österreichisches Phänomen waren, sondern von außen vorgegeben wurden. Nur die Art und Weise, wie sie in Österreich umgesetzt wurden, hat sich besonders wirtschaftsschädigend ausgewirkt. Auch die Regulierungswut beschränkt sich nicht auf Österreich. Wir kennen sie zur Genüge von der EU. Ebenso kam die Inflation nicht während der Pandemie über Nacht, sondern wurde durch die jahrelange Nullzinspolitik der EZB aufgebaut. Die wirtschaftlichen Probleme unseres mit Abstand wichtigsten Handelspartners Deutschland sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Grundsätzlich ist das gesamte derzeit herrschende globalistische und neoliberale Wirtschaftskonzept mit seiner Tendenz zu monopolkapitalistischen Strukturen in den Blick zu nehmen. Es bewirkt Konzernfusionen und Konzentration von immer mehr Wirtschaftsmacht in immer weniger Händen. Brüssel ist geradezu durchdrungen von diesem Geist, ja kann geradezu als europäische Filiale der Globalisierung bezeichnet werden. Und große Strukturen fördern nun einmal die Großen und umgekehrt, die Kleinen bleiben auf der Strecke. Österreich ist ein sehr kleinstrukturiertes Land. Selbst unsere größten Unternehmen

gehören im internationalen Vergleich eher zu den kleinen.

Diesem Gemisch aus internationalen Vorgaben, die in Österreich auf besonders toxischen Boden fielen und von der hiesigen Politik zusätzlich schädigend verarbeitet wurden, gaben dann die **von der EU völkerrechtswidrig gegen Russland verhängten Sanktionen** den entscheidenden Rest. Und dies wiederum aufgrund einer österreichischen Besonderheit, nämlich seine traditionell engen

Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa, insbesondere die große Abhängigkeit von russischem Erdöl und Erdgas, die von Russland jahrzehntelang zuverlässig und zu akzeptablen Preisen geliefert wurden. Aufgrund dieser Sanktionen, d. h. des Wirtschaftskriegs der EU gegen Russland – und nicht „weil es Putin so will“ – müssen nun diese für Wirtschaft und Haushalt eminent wichtigen Rohstoffe wesentlich umständlicher und teurer von woanders importiert werden, z. B. das 3 - 5 x so teure Fracking-Gas aus den USA, das unter enormer Umweltbelastung mit gifti-

*Jeder Deutsche hat die Freiheit, Gesetzen zu gehorchen, denen er niemals zugestimmt hat; er darf die Erhabenheit des Grundgesetzes bewundern, dessen Geltung er nie legitimiert hat; er ist frei, Politikern zu huldigen, die kein Bürger je gewählt hat, und sie üppig zu versorgen – mit seinen Steuergeldern, über deren Verwendung er niemals befragt wurde. Insgesamt sind Staat und Politik in einem Zustand, von dem nur noch Berufsoptimisten oder Heuchler behaupten können, er sei aus dem Willen der Bürger hervorgegangen.*

Hans Herbert von Arnim, deutscher Verfassungsrechtler

***Und wie sieht es mit der Freiheit in Österreich aus? Was können wir von einer voraussichtlich neuen ÖVP-geführten Regierung erwarten, die den Gehorsam gegenüber der EU-Kommission zum Grundprinzip erheben will? Soll in Zukunft alles Recht von der autokratischen EU ausgehen?***

gen Chemikalien aus dem Boden gepresst wird, mit hohem Energieaufwand flüssig gemacht, über tausende Kilometer überst abgasintensiv verschifft, und hier wieder mit Energieeinsatz in den gasförmigen Zustand zurückversetzt wird.

Man braucht sich also nicht zu wundern, dass Österreichs Wirtschaft in der Krise steckt. Und die USA wissen wieder ein Stück mehr, wieso der Krieg gegen Russland geführt wird.

*Quellen: diepresse.com; finanzrechner.at; de.statista.com; destatis.de; meinbezirk.at*

## Die Herrschaft des Tiefen Staates kann beendet werden

Die Rede vom Tiefen Staat oder Schattenstaat gilt als Verschwörungstheorie. **Dennoch ist seine Existenz, betrachtet man den Lauf der Geschichte, der Normalzustand.** In jedem System etablieren sich im Lauf der Zeit unterschwellige Strukturen, Vernetzungen und Verfilzungen von Staatsorganen, Denkfabriken, Regierungsberatern, einflussreichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Geheimgesellschaften, die darauf abzielen, Macht auszuüben. Gegnerische Kräfte werden durch Infiltration und Zersetzung, Zensur und Manipulation, Korruption und Gleichschaltung, Isolation und Verleumdung, Erpressung und Einschüchterung bekämpft. Um nur einige Beispiele zu nennen:

Die Weimarer Republik erwies sich als nicht lebensfähig, weil sie den Beamtenapparat des Kaiserreichs geerbt hat und die Reichswehr einen Staat im Staat bildete. Beide lehnten die neue Republik ab. US-Präsident Dwight D. Eisenhower warnte in den 1950er Jahren eindringlich vor der Allmacht des militärisch-industriellen Komplexes, den er als ehemaliger General

nur zu gut kannte. Heute ist vielfach die Rede vom digital-finanzindustriellen Komplex der, ausgehend von den USA, weltweit den größten Einfluss haben dürfte.

1945 ergab sich in Deutschland nach dem militärischen und moralischen Zusammenbruch eine besondere Situation. Es war „die Stunde Null“, in der sich die Siegermächte ohne Widerstand einnisten und in Zusammenarbeit mit willfährigen Karrieristen sozusagen einen Tiefen Staat von oben gegen die deutsche Bevölkerung aufbauen konnten. Beispielhaft ist das am „Marsch der 1968er durch die Institutionen“, also von Schulen, Universitäten, Politik, Verwaltung, Justiz, Kirchen, Medien bis hin zu Verfassungsschutz und Bundesnetzagentur zu beobachten.

Heute hat sich diese zum Tiefen Staat verwandelte Bundesrepublik verschiedene hübsch klingende Tarnnamen zugelegt: Zivilgesellschaft, Aufstand der Anständigen, unsere Demokratie, Brandmauer gegen rechts u. ä. Unter diesem Schirm sammeln sich immer mehr mit Steuergeldern gemästete Organisationen, die in Zu-

sammenarbeit mit globalistischen Netzwerken nicht mehr aus dem Untergrund die Regierung sabotieren, sondern unter dem Anschein von Legitimität aus der angeblichen „Mitte der Gesellschaft“ heraus offen die Regierung unterstützen und die wirkliche Opposition bekämpfen.

Diese Entwicklung ist einerseits erschreckend, weil dadurch sichtbar wird, dass die Feinde einer wirklich freien Gesellschaft und echten Demokratie sich schon sehr sicher fühlen. Andererseits liegt gerade darin die Chance, ihnen in einer offenen Auseinandersetzung entgegenzutreten zu können. Ihre Herrschaft hat damit ein Ablaufdatum. **Sie wird nur mehr so lange funktionieren, wie die Menschen sich täuschen oder einschüchtern lassen.** Nach Verlust der Diskurshegemonie und Austrocknung der Geldflüsse werden sich Millionen von Opportunisten und Mitläufern umorientieren. Danach muss eine umfassende Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit erfolgen.

*Quelle: philosophia-perennis.com*

## Syrien – schon wieder ein Opfer des Westens

Weiß man nichts von den geostrategischen Winkelzügen der Weltpolitik, so kann man sich angesichts der großen Freude des Westens über den schnellen Sturz des syrischen Präsidenten Assad durch die Islamistenmiliz HTS mit Verbindungen zu dem Terrornetzwerk al-Qaida und zum Islamischen Staat (IS) nur wundern.

Das durch jahrelange westliche Sanktionspolitik geschwächte und diplomatisch isolierte Land galt im Vergleich zu vielen anderen muslimischen Staaten als ein Hort der Sicherheit für seine zahlreichen nicht-sunnitischen Minderheiten. Was Korruption und Menschenrechtsstandards angeht, unterschied es sich nicht wesentlich von anderen Staaten der Region.

Die Präsidentenfamilie, der alawitischen Glaubensgemeinschaft, einer gemäßigten Richtung des Islam, zugehörig, pflegte westlichen Lebensstil. Assad selbst ist ein im Westen ausgebildeter Augenarzt.

Die neuen Machthaber begannen auch gleich mit Vergeltungsmaßnahmen vor allem gegen die alawitische Minderheit. Die in Großbritannien ansässige Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtet von „willkürlichen Massenverhaftungen, grausamen Misshandlungen, Angriffen auf religiöse Symbole, Verstümmelungen von Leichen, summarischen und brutalen Hinrichtungen von Zivilisten“, die „ein beispielloses Maß an Grausamkeit und Gewalt“ zeigten.

Dass die neue Regierung unter al-Scharaa, der bis vor kurzem noch unter seinem is-

lamistischen Kampfnamen al-Dscholani gefürchtet und von den USA steckbrieflich gesucht wurde, der Frauen nicht einmal die Hand gibt, dessen Justizminister als Scharia-Richter an Hinrichtungen beteiligt war, gar so **ein toller humanitärer und demokratischer Fortschritt sein sollte, muss man bezweifeln**. Was also steckt hinter dieser offensichtlichen Ungereimtheit?

Syrien ist seit Jahrzehnten ein zerrissenes Land. Was auf seinem Boden stattfindet, kann man nicht als Bürgerkrieg bezeichnen. Es ist ein Stellvertreterkrieg mit zahlreichen Akteuren mit je eigenen Interessen: Iran, Hisbollah, Israel, Türkei, Kurden, Russland und USA. Erstaunlich ist der fast kampflöse Durchmarsch der „Gotteskrieger“ bis Damaskus. Er ist vermutlich damit zu erklären, dass Assad und seine Generäle durch den weitgehenden Verzicht von Kampfhandlungen gegen die feindliche Übermacht, ein Blutbad in dem durch Sanktionen geschwächten Land verhindern wollten.

Die gesamte Operation lässt aber auch deutlich die Handschrift des US-Auslandsgeheimdienstes CIA, Israels und der Türkei erkennen. Sie sind auch die Sieger in diesem „Spiel“ nach Plan: USA (mit dem von ihnen kontrollierten Erdölfeld im Osten Syriens), Israel (mit dem Ausfall der Hisbollah-Verbindungsline Iran-Libanon durch Syrien und Gebietsgewinnen), Türkei (mit der Zurückdrängung des kurdischen Einflusses und Machtgewinn in der Region). Die Verlierer sind die Kurden, der Iran und



*Eine künftig mögliche politische Karte von Syrien*

Bild: x.com, Martin Sonneborn - screenshot

Russland, der ehemalige Verbündete von Assad (möglicherweise Verlust seiner zwei Militärstützpunkte in Syrien).

Somit dürfte klar sein, dass die gesamte Aktion von langer Hand vorbereitet wurde und Teil des Machtpokers USA/NATO versus Russland ist, wie er auch in der Ukraine stattfindet. **Um das Wohl des Landes Syrien und seiner Bevölkerung geht es dabei am allerwenigsten.**

Wie die Zukunft Syriens aussehen wird, ist ungewiss. Es ist nicht auszuschließen, dass ihm ein ähnliches Schicksal droht wie dem Irak und Libyen, Länder, in denen ebenfalls der Westen interveniert hat. Heute sind sie zerfallende Staaten, von den gegensätzlichen Interessen in- und ausländischer Konfliktparteien mit ihren jeweiligen Kriegsfürsten, Milizen und Kampfverbänden zerrissen und zerstückelt. Von „Befreiung“ kann also keinesfalls die Rede sein.

Quellen: [overtone-magazin.de](http://overtone-magazin.de); [anti-spiegel.ru](http://anti-spiegel.ru); [sws.org](http://sws.org); [hintergrund.de](http://hintergrund.de)

## Lesenswert – sehenswert – hörenswert!

- **Dass das Licht der Freiheit nicht verlöscht.** Journalismus – Grundpfeiler einer freien und informierten Gesellschaft. Rede von Julian Assange vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg. Assange berichtet u. a. über die Arbeit von Wiki-Leaks, die Auswirkungen des US-Spionagegesetzes auf die Pressefreiheit in Europa und weltweit, die Vergeltungsaktionen der CIA gegen ihn und die Unterdrückung des Journalismus im Namen angeblicher westlicher Werte. [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch); [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)
- **Pro-Regierungsparaden „gegen rechts“ von Regierung finanziert.** Die von „Tagesschau“ & Co gefeierten „Demos gegen rechts“ werden von der Bundesregierung über NGOs aus Steuergeldern finanziert und so zu Demonstrationen gegen die Opposition missbraucht, wie man das nur aus totalitären Regimen kennt. [philosophia-perennis.com](http://philosophia-perennis.com)
- **Schweizer Herzchirurg schildert seine Eindrücke aus der Corona-Pandemie-Zeit.** In dieser Hörfunksendung schildert Prof. Robert Vogt Corinna Zigerli seine persönlichen Erfahrungen. Hörenswerte Sendung. Dauer: 55:32 [kontrafunk.radio](http://kontrafunk.radio)
- **Die Bedeutung von Trump 2.0 für die USA und Russland.** Trumps ultimatives Ziel ist die amerikanische Vorherrschaft, aber nicht die liberale globale Führung, für die seine Vorgänger eingetreten sind. Bündnisse, Institutionen und Beziehungen sind nur dann wertvoll, wenn sie den USA einen materiellen Nutzen bringen, schreibt Fjodor Lukjanow in den gedruckten Zeit-Fragen Nr.3/2025. [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)
- **Leo Hohenberg, Urenkel von Erzherzog Franz Ferdinand, entlarvt Krieg als Geschäftsmodell.** Hohenberg bedauert in diesem Interview, dass zu vielen Menschen nicht bewußt ist, dass Krieg ein attraktives Geschäftsmodell ist. Es gibt hier mächtige Organisationen, die größtes Interesse haben, ihre Börsenwerte zu erhöhen. [report24.news](http://report24.news)
- **Die Zukunft der Demokratie. Die Kunst besteht darin, auch Minderheiten zu berücksichtigen.** In der Schweiz ist die einfache Mehrheitsregel zentral für die demokratische Entscheidungsfindung. Das Mehrheitsprinzip ist jedoch nicht gleichbedeutend mit Demokratie. Nachzulesen in der Schweizer Zeitschrift „Die Weltwoche“ Nr.6/2025
- **Vance Rede auf der Sicherheitskonferenz in München:** Europa ist keine Demokratie, weil es abweichende Meinungen nicht akzeptiert. Ist seine Rede tatsächlich eine Kriegserklärung an Europa? [journalistenwatch.com](http://journalistenwatch.com)

# Wussten Sie ...?

## Die EU arbeitet aktiv auf einen Krieg mit Russland hin

Die neue EU-Außenbeauftragte, Vizepräsidentin der Kommission und ehemalige estnische Premierministerin Kaja Kallas rechnet damit, dass die EU an ihrer Ostgrenze in drei bis fünf Jahren von Russland angegriffen wird. Von woher sie ihre Informationen hat, und ob es sich dabei nicht um herbeiphantasiertes Wunschdenken handelt, bleibt unklar. Auf jeden Fall kann man daraus ablesen, dass die EU-Führung auf Krieg gebürstet ist und Kriegshetze betreibt. Auch die Einrichtung eines eigenen Kommissariats für Verteidigung (inkl. Rüstungsprogramm und Rüstungsindustrie) und seine Besetzung durch den litauischen Kriegstreiber

Andrius Kubilius, ebenfalls ehemaliger Premier, weisen in dieselbe Richtung. Es dürfte kein Zufall sein, dass ausgerechnet Vertreter des Baltikums, deren Staaten zu den fanatischsten Russland-Hassern gehören, mit diesen wichtigen Posten betraut worden sind.

Quellen: *deutsche-wirtschafts-nachrichten.de*; *euractiv.de*

**Möglicherweise handelt es sich bei diesen Angriffsankündigungen um eine durch entsprechende Provokationen erwirkte „selbsterfüllende Prophezeiung“, und der russischen Regierung würde nichts anderes übrig bleiben,**

**als darauf zu reagieren, vergleichbar mit der Situation im Februar 2022, die Ukraine betreffend.**

**Hinweise auf einen Krieg erzeugen in der Bevölkerung Angst, wodurch die notwendige Zustimmung erreicht werden kann – eine Voraussetzung, dass auch bei den (Steuerzahler-)Milliardenaufträgen an die Rüstungsindustrie kein Widerstand zu erwarten ist. Bemühungen in die Richtung, mit Russland Gespräche zu führen, die Spannungen abbauen, kommen diesem Kriegsprojekt EU offenbar nicht in den Sinn.**

Herzliche Einladung zur

## 2. Neutralitätskonferenz

Leitthema: *Neutralität trägt wesentlich zum Frieden bei*



Vor einem Jahr haben wir uns grundsätzliche Gedanken gemacht, welchen Beitrag neutrale Länder zum Frieden leisten können. Die größten Konflikte in der Welt sind nach wie vor da und harren einer Lösung. Es ist erfreulich, dass sich neutral verhaltende Länder Friedenspläne vorschlagen. Die österreichische Bevölkerung verfolgt das Geschehen ebenfalls. Innerhalb von drei Jahren ist die Zustimmung zur Neutralität leicht gestiegen. Dieses Jahr wollen wir unsere Diskussion fortsetzen und Perspektiven entwickeln, die dem Frieden dienen.

**Zeit: Samstag 26. 4. 2025**, von 10:00 Uhr bis 11:45 Uhr und 13:15 bis 15:00 Uhr

**Ort:** • Hotel Accor Mercure, Bayerhamerstraße 14 A, 5020 Salzburg (800 m vom Bhf. entf.)  
Im Veranstaltungsraum steht uns kein Service zur Verfügung, aber das Hotel-Café ist geöffnet. Parkplätze können zum Preis von 9 Euro benutzt und vor der Ausfahrt an der Rezeption bezahlt werden.

**Referenten:** vor Ort oder online

- Prof. Dr. Peter Bachmaier
- Univ.-Prof. Dr. Erwin Bader
- Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger
- General i.R. DI. Mag. Günter Greindl
- Prof. Dr. A. Thomas Henökl
- Prof. Dr. Pascal Lottaz
- Dr. Gabriele Matzner
- Dr. René Roca
- Prof. DI. Dr. Heinrich Wohlmeyer

Die Vorträge werden aufgezeichnet. Nach Rücksprache mit den Vortragenden werden die freigegebenen Teile veröffentlicht.

**Teilnahme:** Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich beim Veranstalter an. Der Eintritt ist frei, freiwillige Spenden sind erbeten.

**Ablauf:** Nach den Referentenbeiträgen findet am Ende des Vor- und Nachmittags eine Diskussion statt.

**Mittagessen:** • Restaurant Bangkok, Bayerhamerstraße 33, Tel.: 0662 87 36 88 (gegenüber)  
Auf Wunsch bestellen wir gern für Sie auf 12 Uhr entweder Huhn 16,90 od. vegetarisch 16,90  
oder • Restaurant Fuxn, Vogelweiderstraße 28, Tel. 0662 26 55 14 (ca. 500 m entfernt)

**Veranstalter:** Bündnis Neutrales Freies Österreich - NFÖ, Postfach 110, 6010 Innsbruck  
Tel.: 0699 144 303 47, Mail: [buendnis@nfoe.at](mailto:buendnis@nfoe.at)

**Vorstandsmitglieder:**

DI. Daniel Jenny, Obmann,  
Tel: 0699 144 303 47  
Gerald Grüner, Obmann-Stellvertreter,  
Landesobmann Wien, Tel: 0676 4065 409

Peter Menghin, Tel: 0650 633 96 93  
DDI. Max Ortner, Tel: 0650 410 89 81  
Mag. Norbert Steiner, Tel: 0699 172 00 336  
Dr. Sylvia Stuckenberg, Tel: 0664 263 61 61

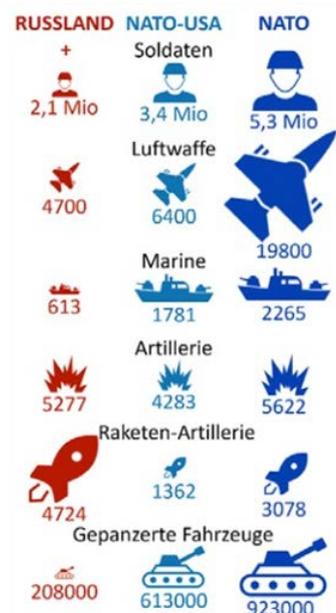
## Neuerliche Neutralitätsverletzung durch die österreichische Regierung Bundesheer kauft NATO-Software für Kriegsführung

Das österreichische Bundesheer hat vor einigen Monaten ein neues Software-System inkl. Lizenzen für militärische Kommunikation und Kriegsführung namens SitaWare für 72,8 Mill. Euro angeschafft.

(Fortsetzung auf Seite 6)

## Welche Macht fühlt sich - zurecht - bedroht?

**Militärische Stärke**  
aufgeschlüsselt nach Waffenarten



In dieser Grafik sind die Waffenlager Russlands (OVKS) mit jenen der NATO ohne USA (mittlere Spalte) sowie den NATO-Gesamtstreitkräften gegenübergestellt.

Quelle: *sipri.org*  
Zur Verfügung gestellt von Herbert Auer (INTERNATIONAL V/2024)

Für diese Wahl ist lt. dänischem Hersteller Systematic Defence ausschlaggebend gewesen, dass **dieses System auch von der NATO verwendet** und somit „Interoperabilität“ hergestellt werde. Das System stelle somit eine wirksame Zusammenarbeit und sichere Kommunikation zwischen NATO und österreichischem Bundesheer auf allen Ebenen von Militäroperationen sicher. Der für Beschaffung zuständige Generalmajor Harald Vodosek sprach von einem „wichtigen

Meilenstein bei der Digitalisierung des österreichischen Bundesheers“.

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner meinte dazu: „Die aktuelle Sicherheitslage in Europa und speziell die Lage in der Ukraine zeigen, dass europäische Streitkräfte zusammenarbeiten müssen. Durch die Einführung eines bewährten digitalen Systems, das schon in zahlreichen europäischen Ländern im Einsatz ist, kann man auch als neutraler Partner mit anderen Armeen reibungslos zusammenarbeiten.“

Quelle: diepresse.com

**Diese Aussage zeigt deutlich, wohin die Reise geht: Österreich soll alternativlos integraler Bestandteil von NATO/EU-Kriegen werden. Und dabei auch noch zu behaupten, dass eine solche Option wie selbstverständlich mit der österreichischen Neutralität vereinbar wäre, ist angesichts des offenkundigen Widerspruchs geradezu grotesk.**

## Offener Brief zum Internationalen Tag der Neutralität

2017 wurde von der UNO mit der Resolution 71/275 der 12. Dezember zum „Internationalen Tag der Neutralität“ erklärt. Die Resolution betont die wichtige Rolle, die eine neutrale Politik zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit spielen kann.

Die Resolution schlägt vor, dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen eng mit neutralen Staaten zusammenarbeitet und lädt alle Mitgliedstaaten ein, den Tag zu nutzen, um die Öffentlichkeit über die Möglichkeiten vorbeugender Diplomatie zur Verhinderung oder zur friedlichen Lösung von Konflikten zu informieren. Leider ist dieser Tag hierzulande weitgehend unbekannt. Das ist erstaunlich, weil doch die überwiegende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher unsere Immerwährende Neutralität als Teil ihrer Identität hochhält. Eine engagierte Friedenspolitik im Sinne der Neutralität hat uns



NFÖ-Infostand in Bregenz anlässlich des Internationalen Tages der Neutralität Bild: dj

internationale Anerkennung gebracht. So wurden die in zahlreichen Krisengebieten eingesetzten Soldaten des Österreichischen Bundesheeres gemeinsam mit den Blauhelmen der UNO 1988 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Heute tobt in Europa ein Krieg an dessen Ende vermutlich wiederum ein von Friedenstruppen überwachter Waffenstillstand steht. Eine Neutralitätspolitik,

gepaart mit kluger Krisendiplomatie und einer glaubhaften Verteidigungsfähigkeit, kann sowohl zur eigenen Sicherheit als auch zu Friedenslösungen einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir wollen den Internationalen Tag der Neutralität allen politischen Akteuren und Kommentatoren ins Bewusstsein heben. Er ist eine Gelegenheit, auf die internationale Wertschätzung der Neutralität hinzuweisen. Wir ersuchen unsere höchsten Vertreter in der Regierung und im Parlament diese Gelegenheit zu ergreifen, um den Nutzen und die Vorteile der Neutralität uns allen wieder ins Bewusstsein zu rufen.

Hochachtungsvoll  
Günther Greindl

General a.D. DI. Mag. Günther Greindl ist Präsident des Vereins „Aufbruch Österreich“. Wir danken ihm herzlich für die Zurverfügungstellung.

## Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

### In Kürze bezahlt nur noch die EU den Ukrainekrieg

Es dürfte nun wohl bald dem Letzten klar werden: Die EU, insbesondere (das von den USA bevormundete) Deutschland, bezahlt den Ukraine-Krieg, und das auf vielerlei Weise. Die USA haben die Ukraine immer nur gegen Bezahlung unterstützt, sei es durch den unterpreisigen Ankauf und durch langfristige Pachtverträge riesiger Landflächen durch US-Privatinvestoren (BlackRock, Soros u.a.) oder mittels des „Ukraine Democracy Defence Lend-Lease Act of 2022“.

Die (weitgehende) Nicht-Inanspruchnahme dieses Lend-Lease Acts durch die Ukraine wurde vor allem dadurch möglich, dass Ursula von der Leyen gegenüber Joe Biden einwilligte, die Ukraine monatlich mit 30 Mrd. USD zu unterstützen, damit diese die Waffen, die sie von den USA bekam,

bezahlen kann. Finanziert werden soll dieser Betrag mittels der so genannten EU-Friedensfazilität (in die auch das neutrale Österreich einzahlt!!!) und aus den Zinsen russischer Privatvermögen bei EU-Banken, also durch Enteignung.

Leserbriefschreiber der Red. bekannt

### Ausweg aus Regierungskrisen: Schweizer Konkordanzdemokratie

In der Konkurrenzdemokratie (Regierung – Opposition) gibt es in vielen Staaten laufend Probleme mit Regierungsbildungen, Zerschlagen von Regierungen und Neuwahlen. In der Schweiz mit seiner Konkordanz-Demokratie gibt es solche beschämenden Machtkämpfe nicht. Die „Zauberformel“ (2-2-2-1) soll alle Parteien ab ca. 14 Prozent an der Regierung beteiligen, die dann aufeinander angewiesen und

gezwungen sind, durch Kompromisse trotz großer ideologischer Unterschiede zu einer einheitlichen Meinung zu finden.

Konkordanz bedeutet auch den Verzicht auf den alleinigen Wahrheitsanspruch. Es gilt immer die Vermutung, dass der Andersdenkende ebenso zur Annäherung an die Wahrheit beitragen kann wie man selber. Diese Offenheit hat zur Folge, dass ein konkordantes Regierungssystem besonders lernfähig ist. Lernfähigkeit wiederum ist möglicherweise die Eigenschaft, welche unsere Gesellschaft am nötigsten hat. Dennoch gibt es Oppositionskräfte: Einerseits die kleineren Nicht-Regierungs-Parlamentarierparteien, wobei es keine Hürden für den Einzug gibt, und das Zwei-Kammern-Parlament, denn die Regierung hat keine Möglichkeit, von diesem Zustimmung zu ihren Beschlüssen einzufordern. Und das Stimmvolk, das mit Volksinitiativen, die

(Fortsetzung auf Seite 7)

bindend zu Volksabstimmungen führen, in die politischen Entscheidungsprozesse eingreifen kann. Das hat den Zweck der Machthemmung und Verminderung des Einflusses von übermächtigen Lobby-Gruppierungen. Denn es ist der politische Wille der Schweiz, möglichst alle relevanten Gruppen (gesellschaftlich, sprachlich, weltanschaulich) in die Willensbildung einzubeziehen.

Ein Grund für das Auskommen mit nur sieben Ministern, wovon einer jeweils für ein Jahr als Bundespräsident die Schweiz nach außen repräsentiert, liegt an den meisten Zuständigkeiten auf Kantonsebene, denn der Bund hat die Gesetzeshoheit nur für die in der Verfassung definierten Punkte. Der vom Parlament gewählte Bundeskanzler ist ein überparteilicher, beratender Regierungskordinator und kein Regierungschef.

Es soll auch mal gesagt werden, dass die für eine Konkurrenzdemokratie typischen

zeit- und kostenintensiven Streitereien vom Schweizer Stimmvolk keinesfalls geduldet würden!

*Peter Baalman, Frankenmarkt*

### Land der Berge, Land am Strome, Land der Pleiten, leider nicht mehr zukunftsreich

Unsere Vorfahren haben mit sehr viel Fleiß und Entbehrungen aus den Trümmern des Ersten und Zweiten Weltkriegs dieses schöne Österreich wieder wunderbar aufgebaut. Dadurch haben wir sehr viele Jahre wie im Paradies gelebt. Leider haben in der jüngsten Vergangenheit unfähige Politiker in kurzer Zeit dieses Erbe verspielt, wobei sie nicht einmal wissen, wie viel der momentane Verlust-Saldo beträgt!

Jeder Unternehmer, jede Hausfrau weiß, wie viel er/sie in seiner/ihrer Geldbörse hat, nur jene wissen es nicht, obwohl sie eigentlich wissen sollten, dass sie in erster

Linie nicht sich selbst sondern dem Staat dienen sollten! Wie sollten die Gleichen dieses Desaster jetzt auf einmal lösen, für das ausschließlich sie verantwortlich sind? Diese sehr ernste Situation kann eigentlich nur mehr von einem Konkursmasseverwalter saniert werden, und danach sollten Neuwahlen ausgeschrieben werden. Ansonsten kann man nur mehr "Gute Nacht, Österreich" sagen.

*Richard Leopold Tomasch, St. Michael-Dolintschitschach*

### Was ich mir von der nächsten Regierung erwarte

1. Echte Mitsprache der Bürger (direkt-demokratische Volksentscheidungen). 2. Einhaltung der immerwährenden Neutralität, wie sie 1955 gemeint war. 3. Bekämpfung des Asylmissbrauchs. 4. Abstellung des vorausseilenden Gehorsams gegenüber den ungewählten Vertretern der EU.

*Helmut Schramm, Gumpoldskirchen*

**Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.**

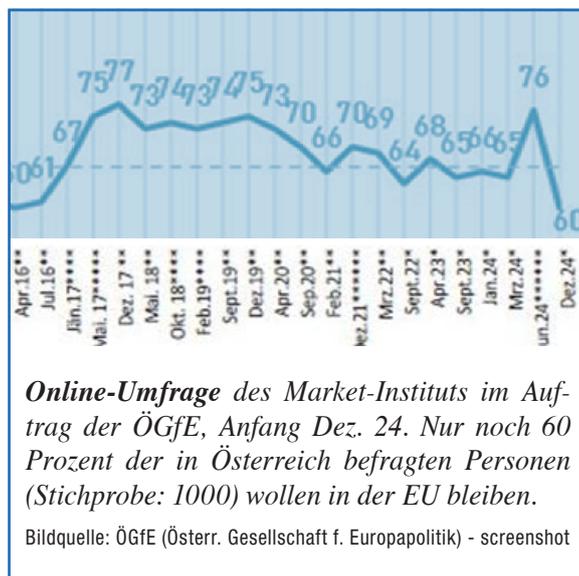
## Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

### EU-Befürwortung in Österreich auf zweitniedrigsten Wert seit 1995 gefallen

Nur 60 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Österreich Mitglied der Europäischen Union bleiben soll. Das ergab eine Ende Dezember veröffentlichte Erhebung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Die Zustimmung der Österreicher beiderlei Geschlechts zur EU ist damit auf den zweitniedrigsten Wert seit dem Beitritt vor 30 Jahren gesunken. 25 Prozent sind erklärte Austrittsbefürworter, ein Wert, der ebenfalls in letzter Zeit gestiegen ist. Eine gleich niedrige Unterstützung der EU-Mitgliedschaft gab es nur im Beitrittsmonat Jänner 1995 und im April 2016 kurz vor dem Brexit-Referendum in Großbritannien. Der historische Tiefststand aus dem Jahr 2008 mit 59 Prozent fiel mit der heftigen innenpolitischen Debatte über die Ratifizierung des EU-Vertrags von Lissabon zusammen.

*Quelle: orf.at*

**Das Bündnis Neutrales Freies Österreich wundert diese Zahlen nicht. Die Friedensnobelpreisträgerin zeigt den Einsichtigen ihr wahres Gesicht. Sie fördert den Ukraine-Krieg und übt kaum ernstzunehmende Kritik am Einmarsch Israels und der Tötung tausender Zivilisten im Gazastreifen. Dieses Umfrageergebnis ist jedoch umso bemerkenswerter, als die Pro-EU-Propaganda in Österreich durch die Regierung, alle Parteien, außer FPÖ, Lobbyisten und allen großen „Qualitätsmedien“ wie eine Gehirn-**



**Online-Umfrage des Market-Instituts im Auftrag der ÖGfE, Anfang Dez. 24. Nur noch 60 Prozent der in Österreich befragten Personen (Stichprobe: 1000) wollen in der EU bleiben.**

Bildquelle: ÖGfE (Österr. Gesellschaft f. Europapolitik) - screenshot

**wäsche permanent auf die Bevölkerung niedergeht.**

### Slowakei und Ungarn vereint im Widerstand gegen die Gender-Ideologie

Nachdem in der Slowakei bereits 2015 verfassungsrechtlich festgelegt wurde, dass die Ehe eine „exklusive Gemeinschaft zwischen Mann und Frau“ ist, gibt es nun einen weiteren Vorstoß der Regierung unter Robert Fico für eine „Verfassungsbarriere gegen den Progressivismus“ und für „gesunden Menschenverstand“. Der Entwurf sieht vor, dass künftig als Geschlechtsbezeichnung nur mehr „männ-

lich“ oder „weiblich“ angegeben werden darf, weil „es nur diese zwei Geschlechter gibt, und das von Geburt an“. Ein drittes, „diverses“ Geschlecht gibt es nicht.

Der Regierungsentwurf sieht ferner vor, dass das Geschlecht nur aus ernststen Gründen und nach per Gesetz festgelegten Modalitäten geändert werden kann. Außerdem sollen künftig bis auf wenige

Ausnahmen nur mehr verheiratete Paare Kinder adoptieren können.

Das Nachbarland Ungarn hat bereits ähnliche Bestimmungen eingeführt. Wegen eines Verbots, vor Minderjährigen über Homosexualität zu sprechen, wurde von der EU gegen Ungarn ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

*Quellen: achgut.com; diepresse.com*

*Ich habe keine Zweifel, dass der persönliche Reichtum eines Menschen das Ergebnis einer kollektiven Anstrengung sowie sozialer Strukturen ist, die einigen Menschen Chancen bieten und für unzählige andere Hindernisse bedeuten.*

MacKenzie Scott (2020)

## VERANSTALTUNGEN & TERMINE

### FRIEDENSGESPRÄCHE

Runder Tisch – **NFÖ-Niederösterreich**

Montag, **17. März 2025**, Beginn 16 Uhr  
Hotel Roter Hahn, Teufelhofer Str. 26, St. Pölten  
Nähere Informationen: Tel. 0699 144 303 47

\*\*\*

Runder Tisch – **NFÖ-Wien**

**jeden 3. Dienstag im Monat:** Beginn 18 Uhr  
Gasthaus Zipfereck, Koppreitergasse 6, 1120 Wien  
Nähere Informationen: Tel. 0676 406 5409

\*\*\*

Runder Tisch – **NFÖ-Steiermark**

Mittwoch, **19. März 2025**, Beginn 16 Uhr  
Pathersaal, Gasthof Lend-Platzl, Lendplatz 11, Graz  
Nähere Informationen: Tel. 0699 144 303 47

\*\*\*

Runder Tisch – **NFÖ-Kärnten**

Donnerstag, **20. März 2025**, Beginn 17 Uhr  
Weinstube, Gasthof Krall, Ehrentaler Str. 57, Klagenfurt  
Stadtbus A in Richtung Annabichl bis Station Picasso-G.  
(300 m zu Fuß). Nähere Informationen: Tel. 0699 144 303 47

\*\*\*

Runder Tisch – **NFÖ-Oberösterreich**

Freitag, **21. März 2025**, Beginn 16 Uhr  
Salon, Kaffee Glockenspiel, Hauptplatz 18, Linz  
Nähere Informationen: Tel. 0699 144 303 47

\*\*\*

Runder Tisch – **NFÖ-Tirol**

Donnerstag, **3. April 2025**, Beginn 16 Uhr  
GH „Tiroler Weinstube“, Gumpstraße 38, Innsbruck  
Nähere Informationen: Tel. 0699 1162 8644

\*\*\*

Runder Tisch – **NFÖ-Vorarlberg**

Samstag, **5. April 2025**, Beginn 17 Uhr  
Familienzentrum „Treffpunkt an der Ach“  
Höchsterstraße 30, Dornbirn  
Nähere Informationen: Tel. 0699 144 303 47

\*\*\*

Runder Tisch – **NFÖ-Salzburg**

Freitag, **11. April 2025**, Beginn 17 Uhr  
Haus „Wartenberg“, Riedenburgstraße 2  
(Beginn Bayernstr.) in Salzburg-Stadt  
Nähere Informationen: Tel. 0699 1720 0336

An allen „Runden Tischen“ im März u. April ist ein Kurzvortrag von Daniel Jenny zum Thema „Die 2400-jährige Geschichte der Neutralität“ vorgesehen.

## Es geht auch anders – MacKenzie Scott ist ein Vorbild für wahre Menschenfreundlichkeit

Viele gefeierte „Philanthropen“ versuchen, sich durch Spenden als Teil ihrer „Netzwerksarbeit“ Zugang zu politischen Entscheidungsträgern zu verschaffen oder sich neue Geschäftsfelder zu eröffnen. Bei MacKenzie Scott ist das anders. Sie stellt ihr Vermögen, das heute auf 31 Mrd. Dollar geschätzt wird, für wirklich Bedürftige zur Verfügung. Es besteht zu einem Großteil aus Amazon-Aktien, die sie bei ihrer Scheidung von ihrem Mann Jeff Bezos erhalten hat. Gemeinsam haben sie dieses Unternehmen aufgebaut.

Sie zeigt sich selten in der Öffentlichkeit und äußert sich, abgesehen von einem jährlichen Blogbeitrag auf ihrer Webseite „Yield Giving“, auch nicht zu ihren Spenden. Doch so viel ist bekannt: 2024 hat sie zwei Mrd. Dollar an 199 Organisationen für wohltätige Zwecke gespendet, in den vergangenen fünf Jahren waren es insgesamt 19,2 Mrd. Der Großteil der Spenden geht an gemeinnützige Organisationen, die Menschen in Not unterstützen, indem sie ihnen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, Arbeitsplätzen, Gesundheitsversorgung, Kindeswohlergehen, Finanzberatung und zinsgünstigen Krediten verschaffen. Vergangenes Jahr flossen z. B. Gelder an eine Hilfsorganisation, die Menschen in den USA bei der Bezahlung ihrer Schulden aufgrund medizinischer Behandlung unterstützt. Die Spenden sind nicht an Bedingungen geknüpft. Es geht darum, bei den Empfängern „das wirtschaftliche Potenzial zu steigern und Wohlstand aufzubauen“. Auch Organisationen für Menschenrechte und die Erhaltung natürlicher Ressourcen profitieren von ihrer Großzügigkeit.

Quelle: t-online.de

*Es gibt gewiss noch weitere oftmals im Verborgenen wirkende großzügige Unterstützer von Sozialprojekten. Wir würden uns jedoch freuen, wenn sich mehr „Superreiche“ MacKenzie Scott zum Vorbild nehmen würden, denn dann gäbe es einige schwer belastende Probleme von Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Welt weniger. Das großzügige Geschenk von Fr. Scott und ihr selbstkritisches Zitat lassen auf einen Menschen schließen, der sich mit seinen Mitmenschen verbunden fühlt. So spektakulär und nachahmenswert ihr Geldgeschenk auch ist, müssen wir uns aber vergegenwärtigen, dass das gegenseitige Helfen jedem von uns mehr oder weniger vertraut ist. Unser Gemeinwesen würde nicht funktionieren ohne die mitmenschliche Verbundenheit. Sei es im Straßenverkehr oder im Lebensmittelgeschäft: Mit einem Miteinander geht es eigentlich immer am besten. Wie sagte doch der Psychologe Prof. Dr. Erwin Ringel (1921-1994): „Es geht nicht nebeneinander und schon gar nicht gegeneinander, es geht nur miteinander.“*

## Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass freiwillige finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Redaktionsschluss: 15. Februar 2025

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.

Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich (NFÖ)*, 6010 Innsbruck, Postfach 110;

Telefon: 0699 144 303 47; E-Mail: [buendnis@nfoe.at](mailto:buendnis@nfoe.at); Bankverbindung: IBAN: AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen; DVR3000098